



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 19.3.2012

C(2012) 1742 final

Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin,

die Europäische Kommission dankt dem österreichischen Nationalrat für seine Stellungnahme zur Mitteilung „Energie 2020 – eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie“ {KOM(2010) 639 endg.} und möchte sich für die sehr späte Antwort entschuldigen. Sie möchte folgende Bemerkungen zu den vom Nationalrat angesprochenen Punkten machen.

Im Hinblick auf die Kernenergie unterstreicht die Kommission, dass diese Energiequelle in der Strategie als bedeutende Komponente des Energiemix in Europa bezeichnet wird, die insbesondere einen Großteil der kohlenstoffarmen Elektrizität in Europa stellt. Aus Artikel 194 AEUV ergibt sich jedoch, dass die Strategie nicht vorschreiben kann, wie der einzelstaatliche Energiemix auszusehen hat. Unionsmaßnahmen gemäß Artikel 194 AEUV dürfen die Entscheidung eines Mitgliedstaats hinsichtlich der Wahl verschiedener Energiequellen nicht beeinträchtigen.

Gemäß den Bestimmungen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) bestehen die Aufgaben der EU im Bereich der Kernkraft darin, die Zusammenarbeit in der Forschung zu fördern, die Bevölkerung durch die Aufstellung einheitlicher Sicherheitsnormen zu schützen, für eine regelmäßige und gerechte Versorgung mit Erzen und Kernbrennstoffen zu sorgen, die friedliche Nutzung der Kernenergie zu überwachen und mit anderen Ländern und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Der Unfall im Kernkraftwerk Fukushima in Japan machte eine sofortige und koordinierte Antwort der EU erforderlich, um weitere Verbesserungsmöglichkeiten in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der ständigen Verbesserung der nuklearen Sicherheit zu identifizieren. Am 25. März 2011 kam der Europäische Rat zu dem Ergebnis, dass die Sicherheit aller EU-Kernkraftwerke unter Anwendung umfassender und transparenter Risiko- und Sicherheitsbewertungen überprüft werden sollte. Die Kommission arbeitet derzeit mit den jeweiligen Beteiligten daran, den Auftrag des Europäischen Rates zu erfüllen.

*Frau Mag.^a Barbara PRAMMER
Präsidentin des Nationalrates
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
A – 1017 WIEN*

In Bezug auf die Kernenergieforschung nimmt die Europäische Kommission die Stellungnahme des österreichischen Nationalrats zur Kenntnis. Vor fünfzig Jahren wurde der Euratom-Vertrag abgefasst, um die Forschungsprogramme der Mitgliedstaaten zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu koordinieren und dazu beizutragen, dass ein angemessenes Forschungsinvestitionsniveau bei gleichzeitiger Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedstaaten gewahrt bleibt. Das durch einen Beschluss des Rates angenommene Siebte Rahmenprogramm für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2013)¹ zielt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung der Fusionsenergie zu fördern und die Anforderungen des Kernspaltungssektors in Bezug auf Sicherheit, Abfallentsorgung, Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu erfüllen.

Zusätzlich bezieht sich eine der sechs europäischen Industrie-Initiativen des europäischen Strategieplans für Energietechnologie, der im März 2010 vom Rat gebilligt wurde, um die Entwicklung von Technologien mit niedrigen CO²-Emissionen zu beschleunigen, auf die Kernenergie. Die Europäische Industrieinitiative auf dem Gebiet der nachhaltigen Kernspaltung wurde im November 2010 gestartet, um fortschrittliche Kerntechnologie für Reaktoren der neuen Generation zu entwickeln, die die Nutzung der Kernenergie durch die effizientere Nutzung der Uranressourcen und durch die Verringerung der Radiotoxizität und der potenziellen Auswirkungen der radioaktiven Abfälle nachhaltiger machen sollen.

Die Kernenergie wird nach wie vor in vielen EU-Mitgliedstaaten eingesetzt, daher wird die Europäische Kommission die Forschung in diesem Bereich aufrechterhalten und weiterentwickeln und den Schwerpunkt dabei weiterhin auf sicherheits- und schutzbezogene Fragen legen.

Die Europäische Kommission stimmt dem österreichischen Nationalrat in Bezug auf die Bedeutung und den Mehrwert von ECURIE (System der Europäischen Gemeinschaft für den Informationsaustausch in radiologischen Notsituationen) zu – dem System für Notfallvorsorge und Maßnahmen auf europäischer Ebene bei einem nuklearen Unfall. ECURIE hat seine Verlässlichkeit und Effizienz unmittelbar nach dem Unfall von Fukushima unter Beweis gestellt. Die Europäische Kommission hat die Alarmmeldung der IAEA am 11. März 2011 weitergeleitet und am 12. März ein Notfallteam aufgestellt. Dieses Team war über einen Zeitraum von drei Wochen rund um die Uhr im Einsatz. Die Kommission übermittelt auch weiterhin wichtige Informationen an die nationalen ECURIE-Kontaktstellen.

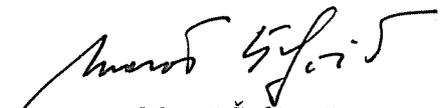
Die Europäische Kommission begrüßt schließlich die Forderung des österreichischen Nationalrats, die Strategien zur Energieeffizienz zu verstärken. In seinem nationalen Reformprogramm hat Österreich das nationale Energieeffizienzziel darauf ausgerichtet, seinen Energieendverbrauch auf dem Niveau von 2005 zu stabilisieren. Dies wird bis 2020 zu einer Einsparung von ca. 7,2 Mio. t RÖE beim Primärenergieverbrauch führen und erheblich zur Erreichung des europäischen Energieeffizienzziels beitragen.

¹ Beschluss 2006/970/Euratom des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) [ABl. L 400 vom 30.12.2006]

Im März 2011 hat die Europäische Kommission einen neuen Energieeffizienzplan {KOM(2011) 109} vorgestellt, der die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung schlagkräftigerer Strategien unterstützen soll. Am 22. Juni wurde ein Vorschlag für eine neue Richtlinie zur Energieeffizienz {KOM(2011) 370} angenommen, in der die Schlüsselaspekte des Plans in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, um bisher ungenutzte Effizienzgewinne zu erzielen, die notwendig sind, um das Energieeinsparungsziel der EU von 20 % bis 2020 zu erreichen.

Ich freue mich auf die künftige Fortsetzung unseres politischen Dialogs.

Mit freundlichen Grüßen



*Maroš Šefcovič
Vizepräsident*